



Presseschau vom 07.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Live-Ticker zur Krise in Kasachstan: Zentrum von Almaty geräumt / Berichte über Tote und Verletzte**

Die Proteste in Kasachstan haben innerhalb nur weniger Tage zur einer landesweiten Krise geführt. Gewaltbereite Demonstranten besetzen ein Regierungsgebäude nach dem anderen und entwaffneten ganze Armee- und Polizeieinheiten. Russlands südlicher Nachbar droht ins völlige Chaos zu stürzen. Alle aktuellen Informationen zur Entwicklung in Kasachstan im Live-Ticker von RT DE. ...

<https://kurz.rt.com/2rva>

Gert-Ewen Ungar: **EU-Außenpolitik im Abseits - Borrell fürchtet ein zweites Jalta**

Der außenpolitische Sprecher der EU will kein zweites "Jalta", wo die Machtblöcke 1945 die Welt unter sich aufgeteilt haben. Allerdings kann die EU angesichts der Ukraine-Krise keine eigene, konsistente Position formulieren. Ihre Umgehung ist daher logisch und konsequent. ...

<https://kurz.rt.com/2rt4>

abends/nachts:

snanews.de: **Russlands Verteidigungsminister führt Verhandlungen mit Pentagon-Chef**

Der russische Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, hat am Donnerstag Gespräche mit

seinem US-Amtskollegen, Lloyd Austin, geführt.

Die beiden Politiker haben Sicherheitsfragen von gemeinsamem Interesse erörtert, darunter auch die Situation um die Ukraine.

„Am 6. Januar 2022 fanden Telefongespräche zwischen dem Verteidigungsminister Russlands, Armeegeneral Sergej Schoigu, und dem Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten, Lloyd James Austin, statt. Besprochen wurden Sicherheitsfragen von gemeinsamem Interesse“, heißt es in einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums.

„Heute Morgen habe ich mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu gesprochen. Wir haben über die Risikominderung nahe der ukrainischen Grenze gesprochen“, schrieb Austin auf seinem Twitter-Konto.

Bei der Ukraine und im Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Russland hat die Vorwürfe des Westens und der Ukraine mehrmals zurückgewiesen und betont, dass die Erklärungen über eine „russische Aggression“ als Vorwand für die Stationierung von mehr Nato-Technik unweit der russischen Grenzen missbraucht würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/06/3850911_0:36:3029:1740_1920x0_80_0_0_f8bfbd1bc57235741772931c33a6ca.jpg

wpered.su: **Kasbek Tajsajew: „Es müssen wirksame Maßnahmen zum Kampf gegen den Nationalismus in der Ukraine ergriffen werden“**

Am 1. Januar fand im Zentrum von Kiew ein Fackelzug ukrainischer Nationalisten aus Anlass des Geburtstags von Stepan Bandera statt. Die Teilnehmer schwenkten Flaggen nationalistischer Organisationen und schrien Losungen in Unterstützung des Nazikollaborateurs. Das Geschehen in der Ukraine kommentierte der Sekretär des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma der RF für Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleuten Kasbek Tajsajew, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„In der Ukraine fand ein weiterer Marsch von Bandera-Leuten statt. Im Land blühen offen nationalistische Ideen, mehr noch, die ukrainische führende Schicht stellt sich dem nicht entgegen, sondern unterstützt buchstäblich die Nationalisten und ihre Komplizen.

In was verwandelt Selenskij das Land? Wie steht er zu unserem sowjetischen Erbe und dem Großen Sieg? Warum reagiert die westliche Gemeinschaft nicht, die für Frieden und

Demokratie eintritt? Die Ukraine muss von Terroristen befreit werden – in den letzten Jahren hat sich der Ultrationalismus tief in der ukrainischen Gesellschaft verwurzelt, die staatliche Politik des Landes mit sichtbaren Fäden mit der braunen Pest verbunden. Zweifellos geschieht all dies auf Betreiben der Halunken, die im Jahr 2014 an die Regierung gekommen sind. In der ukrainischen Politik werden schon seit etlichen Jahren Antisowjetismus und Russophobie unterstützt, die Regierung entfacht buchstäblich die Feindschaft zwischen unseren Brudervölkern. Im Donbass hält bis heute der Krieg an, es sterben Menschen. Schon im achten Jahr lebt die Bevölkerung der DVR und der LVR in Schrecken und hat keine Möglichkeit Ruhe und Stabilität zu verspüren. Es müssen wirksame Mittel zum Kampf gegen den Nationalismus ergriffen werden und die zur Verantwortung gezogen werden, die die Herausbildung entsprechender Einstellungen im Land befördern. Das betrifft nicht nur die Ukraine, das ist eine Bedrohung für uns alle“, sagte er.

snanews.de: „Völliger Unsinn“: Generalsekretär kritisiert Berichte über angebliche OVKS-Invasion in Kasachstan

Der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), Stanislaw Sas, hat Berichte über eine angebliche „Invasion“ in Kasachstan durch OVKS-Friedenstruppen als „völliger Unsinn“ zurückgewiesen. Das einzige Motiv der OVKS ist laut Sas, Kasachstan in der schwierigen Situation zu unterstützen.

„Es wird viel von einer Invasion oder sogar von 'Besetzung' geredet und das ist völliger Unsinn“, sagte Sas in einem Interview mit der Agentur RIA Novosti.

Mit seinem Beschluss (die Friedenstruppen nach Kasachstan zu entsenden -Anm. d. Red.) verfolge der kollektive Sicherheitsrat der OVKS das einzige Ziel - „Kasachstan in dieser schwierigen Zeit Hilfe und Unterstützung zu gewähren“.

„Es ist sehr unangenehm zu hören und zu lesen, dass 'die Situation ausgenutzt worden' sei - das ist Unsinn. Ich sage es noch einmal: Es ist der aufrichtige Wunsch aller unserer Staaten, Kasachstan in dieser schwierigen Situation wirklich zu helfen, unseren Verbündeten in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen“, betonte Sas.

Territoriale Integrität von Kasachstan bedroht

Die Ereignisse in Kasachstan stellen laut Sas eine Bedrohung für die Sicherheit und sogar die territoriale Integrität der Republik dar. Daher sei nach Konsultationen der OVKS-Staatschefs die Entscheidung getroffen worden, die Friedenstruppen einzusetzen, um diese Bedrohungen zu minimieren und zu lokalisieren, so Sas.

Die OVKS-Friedenstruppen in Kasachstan würden sich auf etwa 2.500 Menschen belaufen, bei Bedarf könnten sie verstärkt werden, sagte Sas gegenüber RIA Novosti.

„Wir haben die gesamte Liste der Einheiten, die zu den Friedenstruppen der OVKS gehören – etwa 3.600 Menschen. Daher werden wir die Gruppierung in Kasachstan bei Bedarf verstärken“, so Sas.

Er betonte, dass die Friedenstruppen „von der Situation ausgehen werden“. Die Dauer ihrer Präsenz wird ihm zufolge von der Lage und der Entscheidung der kasachischen Führung abhängen.

„Wir gehen davon aus, dass die Dauer kurz sein wird. Und in der Entscheidung des OVKS-Rats heißt es auch so: ‚für eine kurze Dauer‘. Ob ein paar Tage oder mehrere Wochen wird von der Situation in Kasachstan und natürlich von der Position der Führung von Kasachstan abhängen“, sagte Sas.

Friedenstruppen dürfen bei Angriffen von Banden Waffen einsetzen

Wenn sich die Lage nach der Meinung der kasachischen Führung stabilisiert und man sie mit ihren eigenen Kräften ohne die Hilfe der OVKS-Staaten kontrollieren könne, dann werden die Operation beendet und alle Truppen abgezogen. Er betonte, dass die kollektiven Friedenstruppen der OVKS in Kasachstan das Recht haben, im Falle von Angriffen durch bewaffnete Banden Waffen einzusetzen.

Die Verlegung aller OVKS-Friedenssicherungseinheiten nach Kasachstan soll am Freitag abgeschlossen sein.

„Ich denke, wir werden morgen nach und nach die Verlegung all unserer anderen friedenserhaltenden Einheiten abschließen“, präzisierte Sas.

Kasachstan erlebt seit Tagen beispiellose Proteste. Auslöser war Unmut über die deutlich gestiegenen Preise für Flüssiggas an den Tankstellen der öl- und gasreichen Ex-Sowjetrepublik mit mehr als 18 Millionen Einwohnern. Als Reaktion auf die teils gewaltsamen Proteste entließ Präsident Kassym-Jomart Tokajew am Mittwoch die Regierung. Bei den Protesten wurden mehrere Demonstranten, aber auch auch mindestens 18 Sicherheitskräfte getötet. „Extremistische Kräfte“ hätten am Donnerstag versucht, Verwaltungsgebäude sowie die Zentrale und mehrere Dienststellen der Polizei in Almaty zu stürmen, sagte Asirbek. Dutzende Angreifer seien „eliminiert“ worden. Vor dem Rathaus in Almaty sei ein „heftiger Schusswechsel“ zwischen Dutzenden bewaffneten Menschen und dem Militär gemeldet worden.

In einer Sitzung des kasachischen Sicherheitsrates am Mittwoch bezeichnete Präsident Kassym-Jomart Tokajew die Situation im Land als „Untergrabung der Integrität des Staates“ und gab bekannt, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (kurz: OVKS; der Organisation gehören Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan an – Anm. d. Red.) um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ gebeten zu haben. Die OVKS beschloss in der Nacht zum Donnerstag, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4919756_0:160:3077:1890_1920x0_80_0_0_07113642037d7f65c86a016ef46610fc.jpg

snanews.de: **USA beobachten Einsatz von OVKS-Friedenstruppen in Kasachstan – Weißes Haus**

Die USA überwachen den Einsatz der Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Kasachstan. Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, weiß Washington noch nicht, ob diese Maßnahme legitim ist.

„Wir verfolgen aufmerksam die Berichte über die Entsendung der gemeinsamen Friedenstruppen der OVKS nach Kasachstan“, sagte Psaki in einem Briefing am Donnerstag. In einer Sitzung des kasachischen Sicherheitsrates am Mittwoch bezeichnete Präsident Kassym-Jomart Tokajew die Situation im Land als „Untergrabung der Integrität des Staates“ und gab bekannt, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (kurz: OVKS; der Organisation gehören Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan an – Anm. d. Red.) um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ gebeten zu haben. Die OVKS beschloss in der Nacht zum Donnerstag, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden.

Laut Psaki haben die Vereinigten Staaten „Fragen zu dieser Anfrage und wie legitim sie ist“. Die Weltgemeinschaft rufe die OVKS-Friedenstruppen und die Strafverfolgungsbehörden auf, ihren Verpflichtungen zur Achtung der international anerkannten Menschenrechte nachzukommen, um eine friedliche Lösung der Situation zu erreichen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4919614_0:7:3614:2040_1920x0_80_0_0_1d6edcd2bc1adc6cc59a5b8afbf68cc8.jpg

vormittags:

de.rt.com: USA wollen Androhung des Snapback-Mechanismus als Druckmittel gegen Iran nutzen

Die USA wollen die Androhung des Snapback-Mechanismus als Druckmittel nutzen, um Iran von der Anreicherung waffenfähigen Urans abzuhalten. Dieser ermöglicht es den Mitgliedstaaten des Atomabkommens, die Wiedereinführung der Sanktionen gegen Teheran zu fordern.

Der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan soll israelischen Beamten bei seinem jüngsten Besuch in Jerusalem gesagt haben, dass die USA die Androhung des Snapback-Mechanismus im UN-Sicherheitsrat als ein Druckmittel nutzen würden, um Iran davon abzuhalten, waffenfähiges Uran anzureichern. Das berichtet die US-amerikanische Nachrichtenwebsite Axios am Mittwoch.

Sullivan erklärte, dass eine Androhung der möglichen Aktivierung der Snapback-Sanktionen – zusätzlich zur Stärkung der Glaubwürdigkeit der militärischen Bedrohung gegen Iran – genutzt werden sollte, um Teheran davon abzuhalten, die Urananreicherung auf 90 Prozent zu erhöhen.

Beim Snapback handelt es sich um eine Möglichkeit für die Mitgliedstaaten des Atomabkommens, iranische Regelverstöße vor dem Sicherheitsrat anzuprangern. Damit kann innerhalb von 30 Tagen die Wiedereinsetzung aller UN-Sanktionen aus der Zeit vor der Einigung erzwungen werden – ohne, dass andere Mitglieder dies mit einem Veto verhindern könnten.

Israel soll die USA sowie die E3-Länder Frankreich, Deutschland und Großbritannien dazu gedrängt haben, den Druck auf Iran im Zuge der achten Atomverhandlungen im Wien zu erhöhen und die Möglichkeit in Aussicht zu stellen, den Snapback-Mechanismus gegen Iran zu aktivieren. Nur Großbritannien habe sich bislang offen für die Snapback-Idee gezeigt, berichtet Axios. Dabei wird allerdings nicht erwähnt, dass Iran seine Verpflichtungen schrittweise aus dem Abkommen erst dann reduziert hatte, als die US-Regierung unter Trump einseitig 2018 aus dem Atomdeal ausgestiegen war. Die damalige US-Regierung berief sich auch seinerzeit auf einen sogenannten Snapback-Mechanismus, um Sanktionen gegen Iran wieder einzusetzen.

Dabei bleibt unklar, ob Snapback aktiviert werden muss, wenn die Wiener Gespräche

gescheitert werden, also unabhängig von der Urananreicherung in Iran, oder wenn Teheran seine Urananreicherung weiter hochfahren würde. Der Nationale Sicherheitsberater Israels Eyal Hulata glaubt, dass der Einsatz von Snapback als Abschreckung dann sinnvoll sei, wenn Iran Uran auf 90 Prozent anreichert.

Obwohl die USA und Israel in diesem Zusammenhang immer Einigkeit inszenieren, tut sich in der Frage des iranischen Atomprogramms ein Graben zwischen Washington und Tel Aviv auf. Sullivan soll in Jerusalem gegenüber den Israelis auch argumentiert haben, dass der Druck auf Iran mit Diplomatie ausgeglichen werden müsse. Der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Haus kritisierte zudem israelische Sabotageakte gegen die iranischen Nuklearanlagen, da solche Aktionen die Iraner bislang tatsächlich dazu bewegt hätten, ihr Atomprogramm weiter zu beschleunigen.

Seit die Atomgespräche in Wien wieder aufgenommen wurden, wächst in Israel die Besorgnis, dass die Biden-Regierung eine Teilvereinbarung mit Iran anstreben werde, die Teheran nach israelischer Ansicht ohne nuklearen "Rollback" Sanktionserleichterungen verschaffen würde. Israel versuchte in letzter Zeit vergeblich, die USA zu einem Angriff auf Irans Atomanlagen zu bewegen, während die US-Regierung sich auf einen diplomatischen Weg zur Wiederbelebung des Atomdeals von 2015 konzentriert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d6f25348fbef27742325b4.jpg>

snanews.de: **Deutschland ruft zu Dialog in Kasachstan auf**

dpa

Die Explosion der Gewalt in Kasachstan wird in Berlin mit Sorge beobachtet. Gewalttätige Ausschreitungen seien kein akzeptables Mittel der politischen Auseinandersetzung, hieß es aus dem Auswärtigen Amt am Donnerstag,

Der Einsatz tödlicher Gewalt gegen Zivilisten, „erst recht wenn militärische Kräfte zum Einsatz kommen“, dürfe immer nur allerletztes Mittel sein. Es gelte jetzt, eine friedliche Lösung „im Rahmen eines umfassenden Dialogs mit allen Beteiligten“ zu finden.

Man tausche sich mit engsten Partnern vor Ort über die Entwicklung in Kasachstan aus, hieß es aus dem Auswärtigen Amt. Auch die massiven Beschränkungen des Zugangs dort zu Internet und sozialen Medien sehe man mit Sorge. Kasachstan habe im Rahmen der OSZE Verpflichtungen zur Wahrung der Grundfreiheiten übernommen. Dazu gehörten auch der Zugang zu Informationen, die Presse- und die Versammlungsfreiheit.

In dem öl- und erdgasreichen Land in Mittelasien kommt es seit Tagen zu gewalttätigen Protesten gegen die Regierung, dabei auch zu Brandschatzungen. Ausgelöst wurden sie von einer starken Erhöhung der Treibstoffpreise. In der Millionenstadt Almaty ging das Militär gegen Demonstranten vor, es gab Tote und Verletzte. Präsident Kassym-Jomart Tokajew bat ein von Russland geführtes Militärbündnis um Hilfe. Die Bundesregierung warnt nun vor

Reisen in die frühere Sowjetrepublik.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/07/4920849_0:0:3261:1834_1920x0_80_0_0_ae6b46204680b6e94b755fc2fc933c50.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Pazifische Militärallianz: Japan und Australien schließen "historisches" Bündnis

Inmitten der zunehmenden Spannungen mit China im asiatisch-pazifischen Raum haben die Regierungen Japans und Australiens ein "bahnbrechendes" Verteidigungsabkommen unterzeichnet. Beide Länder stellen sich damit der wachsenden Stärke Chinas im indopazifischen Raum entgegen.

Am Donnerstag unterzeichneten der australische Premierminister Scott Morrison und der japanische Premierminister Fumio Kishida bei einem virtuellen Treffen ein Abkommen über die gegenseitige militärische Öffnung ihrer Länder. Das Abkommen erleichtert gemeinsame Manöver und gegenseitigen militärischen Beistand im Ernstfall. Es sieht unter anderem die schnellere Entsendung von Personal, eine Lockerung der Restriktionen beim Transport von Waffen und Ausrüstung für Übungen sowie Kriseneinsätze bei Naturkatastrophen vor.

Morrison sagte:

"Japan ist unser engster Partner in Asien, wie unsere besondere strategische Partnerschaft zeigt – Australiens einzige Partnerschaft dieser Art."

Er fügte hinzu, dass es sich um eine "gleichberechtigte Partnerschaft" handle, die auf dem gemeinsamen Vertrauen zwischen zwei engagierten "Demokratien" beruhe.

Premierminister Kishida bezeichnete das Abkommen als "ein wegweisendes Instrument, das die Sicherheitszusammenarbeit zwischen den beiden Nationen auf ein neues Niveau heben wird".

China wurde bei der Unterzeichnungszeremonie nicht erwähnt. Doch der Vertragsschluss, der für Japan von besonderer Bedeutung ist, geschieht in einer Zeit, in der Peking zunehmend aktiv im pazifischen Raum wird.

Während einer regulären Pressekonferenz am Mittwoch sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, dass sich Abkommen zwischen Nationen auf den Frieden konzentrieren sollten und "nicht auf Dritte abzielen dürfen".

Mit dem Abkommen über die gegenseitige militärische Öffnung ist Australien nach den USA, die seit langem in Japan präsent sind, das zweite Land, das das Recht hat, Truppen auf japanischem Boden zu stationieren. Soldaten aus Japan dürfen auch in Australien ausgebildet

und stationiert werden.

Sowohl Japan als auch Australien haben sich einem diplomatischen Boykott der Olympischen Spiele in Peking angeschlossen. Australien und China befinden sich außerdem in einem Handelskrieg.

In den letzten Jahren sind in Japan die Rufe nach einer Aufhebung der nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegten Beschränkungen für die Militarisierung Japans lauter geworden, da China an Macht und Durchsetzungsvermögen gewonnen hat. Die beiden Nationen führen seit langem einen Streit über unbewohnte Inseln im Ostchinesischen Meer. Japan betrachtet das Eindringen der chinesischen Küstenwache in das Gebiet um die Senkaku-Inseln als Provokation.

Im vergangenen Jahr unterzeichnete Australien das AUKUS-Abkommen mit dem Vereinigten Königreich und den USA, das Canberra Zugang zu amerikanischer Atom-U-Boot-Technologie verschafft. Der Pakt wurde als Herausforderung für Chinas vermeintliche Ambitionen im asiatisch-pazifischen Raum gesehen, was Peking zu der Warnung veranlasste, er würde ein Wettrüsten in der Region auslösen. Es wurde darüber spekuliert, dass Japan sich früher oder später diesem Bündnis anschließen könnte oder zumindest informell in die antichinesische Strategie einbezogen wird. Das jetzt unterzeichnete Abkommen könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d70561b480cc4f326a75c6.jpg>

snanews.de: „Bis zur vollständigen Eliminierung“ des Aufstands: Kasachstan ruft Terror-Alarmstufe Rot aus

Angesichts der eskalierten Massenproteste und Ausschreitungen haben kasachische Behörden die sogenannte „kritische rote“ Terroralarmstufe ausgerufen. Dies berichtet die lokale Nachrichtenagentur Kazinform unter Verweis auf das Nationale Sicherheitskomitee am Freitag.

Demnach wurde die kritische Alarmstufe mit dem Staatspräsidenten Tokakjew vereinbart und von dem Vorsitzenden des republikanischen Operativstabs für Terrorbekämpfung auf Anordnung des Nationalen Sicherheitskomitees verhängt. „In allen Regionen des Landes gilt die Anti-Terror-Einsatz-Ordnung“, heißt es in der Mitteilung des Sicherheitskomitees. Die ergriffenen Maßnahmen sollten die Lage im Land stabilisieren und die terroristische Bedrohung für Personen und Staat beseitigen.

Wie das Nachrichtenportal Tengrinews.kz berichtet, ermöglicht die „rote“ Terroralarmstufe Durchsuchungen von Fahrzeugen, Personen und deren persönlichem Eigentum. Der Verkehr dürfe notfalls eingeschränkt oder verboten werden, die Sicherheitskräfte dürften ungehinderten Zugang zu Wohnungen und anderen Räumen bekommen. Die über Telekommunikationssysteme übermittelten Informationen können überwacht werden. Zudem setze die „kritische rote“ Terroralarmstufe eine vollständige Mobilisierung und

Kampfbereitschaft aller Sicherheitskräfte sowie eine Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen voraus.

Anti-Terror-Einsatz

Inzwischen hat der kasachische Präsident, Kassym-Schhomart Tokajew, am Freitagmorgen eine Sitzung des Operativstabs für Terrorbekämpfung abgehalten, an dem die Mitglieder des Sicherheitsrates sowie der Sicherheitsbehörden teilnahmen. Nach Angaben der Administration des Präsidenten wurden bei der Sitzung die operative Lage im Land, der Verlauf der Anti-Terror-Operation und die Situation in den Regionen erörtert.

Bei der Sitzung erklärte Tokajew unter anderem, der Terroreinsatz solle fortgesetzt werden, bis die bewaffneten Aufständischen vollständig vernichtet seien:

„Die Ordnungskräfte arbeiten hart. Die Verfassungsordnung wurde in allen Regionen des Landes im Großen und Ganzen wiederhergestellt. Die lokalen Behörden haben die Situation im Griff. Aber die Terroristen benutzen immer noch Waffen und beschädigen das Eigentum der Bürger. Deshalb müssen die Einsätze zur Terrorismusbekämpfung fortgesetzt werden, bis die Kämpfer vollständig eliminiert worden sind“, wird Tokajew von dem Pressedienst seiner Administration zitiert.

Am Donnerstag hatte der TV-Sender Khabar 24 berichtet, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Republik Kasachstan angesichts der schweren Ausschreitungen bei Massenprotesten Strafverfahren wegen der Organisation und Teilnahme an Massenunruhen eingeleitet hat.

Auch vorgerichtliche Ermittlungen wegen der Ausübung von Terrorakten würden durchgeführt. In diesem Zusammenhang rief der Chef der Sonderermittler bei der Generalstaatsanwaltschaft die Bevölkerung am Freitag auf, Videos, die vermutliche Straftaten nachweisen könnten, auf ihren Smartphones und Kameras zu speichern.

Die Unruhen in Kasachstan, die seit mehreren Tagen andauerten, haben in einigen Regionen ihr Ende genommen. In der Millionenstadt Almaty im Süden des Landes hat sich die Lage noch nicht wieder normalisiert. Eine Anti-Terror-Operation ist in der Stadt noch im Gange. Nach Angaben des Innenministeriums wurden das Gebäude der Stadtverwaltung, die ehemalige Präsidentenresidenz, und der Platz der Republik befreit; die Aufräumarbeiten in der Stadt würden derzeit fortgesetzt.

In der Nacht auf Freitag waren nach Angaben des TV-Senders Khabar 24 immer wieder Schüsse zu hören. Auf dem Platz der Republik in Almaty habe eine „Gruppe von Extremisten“ das Gebäude des Fernsehsenders MIR blockiert, es gebe Opfer, hieß es. Nach Informationen des Fernsehsenders liegen die Leichen „direkt auf der Straße“.

Der erste stellvertretende Leiter der Administration des kasachischen Präsidenten, Dauren Abajew, betonte im Gespräch mit dem Fernsehsender Khabar 24, die ursprünglich friedlichen Proteste seien später von „bewaffneten Banditen und Terroristen“ angeführt worden:

„Am Anfang waren sie (die Proteste) friedlich. Später jedoch gingen die Stimmen der friedlichen Protestierenden in den Gewaltaufrufen der Provokateure unter“, äußerte er. „Die Menschenmenge wurde von bewaffneten Banditen und Terroristen angeführt“. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/07/4921329_0:46:3002:1735_1920x0_80_0_0_01b2d2b162fb1838fd1887c8d97c93ce.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. Januar um 9:00 Uhr 21.624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 301 Personen sind derzeit erkrankt, 18.234 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3089 Todesfälle.

de.rt.com: **Zielt der Umsturzversuch in Kasachstan auf die weltgrößten Uranvorräte?**

Die anhaltenden Proteste in Kasachstan haben wirtschaftliche Folgen: Die Weltmarktpreise für Uran sind um fast acht Prozent gestiegen. Auf Kasachstan entfallen mehr als 40 Prozent der Weltproduktion. Experten vermuten die Uranvorkommen auch als eine der möglichen Ursachen für eine westliche Einmischung.

Unter dem Einfluss der Unruhen in Kasachstan stiegen die Uranpreise am Donnerstag auf dem internationalen Markt auf 45,25 Dollar pro Pfund des radioaktiven Energieträgers. Verglichen mit unter 42 Dollar am Vortag handelt es sich um eine Preissteigerung um fast acht Prozent. Dies geht aus Daten des Marktforschungs- und Analyseunternehmens für Kernbrennstoffe UxC hervor, die von Bloomberg zitiert werden.

Gleichzeitig fielen die Aktien des größten Uranproduzenten von Kasachstan, Kazatomprom, im Londoner Handel um elf Prozent. Die meisten Uranunternehmen in Nordamerika und Australien bauten ihre Kursgewinne aus, die sie Anfang der Woche verzeichnet hatten, als die Europäische Kommission einen Entwurf zur Kennzeichnung bestimmter Atomprojekte als nachhaltig vorantrieb.

Kasachstan nennt die weltgrößten Uranvorkommen sein Eigen und hat einen Anteil von mehr als 40 Prozent an der weltweiten Produktion dieses spaltbaren Materials. Hauptabnehmer des kasachischen Urans ist Russland, für das es neben der Bedeutung als Energieträger für die heimischen und ausländischen Atomkraftwerke auch strategische Bedeutung für die Erneuerung des Atomwaffenpotenzials hat.

Russische Experten vermuten daher, dass die westliche Unterstützung für die gewaltsamen Ausschreitungen in dem mittelasiatischen Land auch durch die Hoffnung motiviert ist, Russland den Zugang zum Uran zu erschweren. Im Fall des Sieges einer proamerikanischen politischen Kraft in Kasachstan könnte diese die am Uranbergbau beteiligten russischen Staatsunternehmen enteignen und den Export des Rohstoffes nach Russland untersagen. Seit Wochenbeginn erschüttert eine Welle gewalttätiger Proteste das zentralasiatische Land, das früher zur Sowjetunion gehörte, nachdem die Kosten für Flüssiggas aufgrund der Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen stark angestiegen waren. Mit umgerechnet 0,24

Euro waren sie im Vergleich zu europäischen und Weltmarktpreisen auch nach der Preissteigerung sehr gering.

Kasachstan ist einer der größten Energieproduzenten der Welt und gehört zu den führenden Erdölexporteuren und zu den 20 führenden Gasexporteuren. Die kasachische Regierung hat Flüssiggas jahrelang subventioniert, aber vor kurzem verkündet, dass die Preise nicht mehr so niedrig gehalten werden können. Die Aufhebung der Subventionen führte unweigerlich dazu, dass sich die Kosten innerhalb weniger Tage verdoppelten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d7e16648fbef280062256d.jpg>

Mzdnr.ru: Am 6. Januar wurden in der DVR 470 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 107 positiv, bei 65 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. In den letzten 24 Stunden wurden 48 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 7 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 31 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 543 Personen mit Lungenentzündung mit Sauerstoffunterstützung in Behandlung (+15 in den letzten 24 Stunden).

Am 7. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 119.251 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2071 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 107.853 als gesund entlassen, es gibt 9327 Todesfälle.

sputnik.by: **Russische Friedenstruppen haben gemeinsam mit kasachischen Sicherheitskräften die Kontrolle über den Flughafen Almaty übernommen**

Die russischen Friedenstruppen haben zusammen mit den Sicherheitskräften Kasachstans die volle Kontrolle über den Flughafen Almaty übernommen, wie der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, mitteilte.

"Inzwischen ist der Flughafen Almaty zusammen mit den Strafverfolgungsbehörden der Republik Kasachstan vollständig unter Kontrolle", heißt es in der Mitteilung.

Es wird betont, dass die OVKS-Friedenstruppen den kasachischen Sicherheitskräften helfen, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Eine Gruppe von mehr als 70 Il-76- und 5 An-124-Flugzeugen bringt rund um die Uhr Einheiten des russischen Kontingents der OVKS-Truppen nach Kasachstan. Das russische Friedenskontingent umfasst Einheiten der 45. Luftlandebrigade, der 98. Luftlandedivision und der 31. Luftlandebrigade, alle Soldaten mit Kampferfahrung.

Generaloberst Andrej Serdjukow, Kommandeur der Luftlandetruppen, wurde zum Chef der OVKS-Friedenstruppen in Kasachstan ernannt. ...



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e6/01/06/1059302241_0:0:3641:2048_1920x0_80_0_0_885b301a55d7eebd0275191e16368d50.jpg

de.rt.com: "**Ausländische Agenten hinter Aufforderungen zu Krawallen**" – **Kasachischer Präsident an das Volk**

Angesichts der Massenproteste im Land hat Präsident Toqajew in einer Botschaft an das kasachische Volk "ausländische Agenten" für die Krawalle verantwortlich gemacht. Terroristen würden Staatseigentum zerstören und Waffen gegen Bürger einsetzen, so der Staatschef.

Wegen der andauernden Massenunruhen in Kasachstan und der Anordnung zum Einsatz der Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), um die Ordnung im Land wiederherzustellen, hat sich Präsident Kassym-Schomart Toqajew in einer Fernsehbotschaft an das Volk gewandt. Hinter den Aufforderungen zu den Krawallen stünden dem Staatschef zufolge "die sogenannten freien Massenmedien" und "ausländische Agenten": "Eine unterstützende und sogar anstiftende Rolle bei den Unruhen spielen die sogenannten 'freien' Medien und 'ausländische Agenten', die weit entfernt von den Kerninteressen unseres multinationalen Volkes sind."

"Diese gewissenlosen Demagogen" seien für die Tragödie in Kasachstan mitverantwortlich, erklärte Toqajew. Er betonte zugleich, die Proteste hätten nichts mit Demokratie zu tun: "Demokratie bedeutet nicht uneingeschränkte Freiheit und noch weniger Aufforderungen zu Unruhen."

Terroristen würden weiterhin Staatseigentum zerstören und Waffen gegen Bürger einsetzen, so der kasachische Präsident. Nicht nur Verwaltungsgebäuden sei Schaden zugefügt worden, sondern auch dem Eigentum der Bürger. Außerdem sprach Toqajew den Familien der Opfer unter Zivilisten sowie Militärangehörigen sein Beileid aus. In diesem Zusammenhang sei der Präsident gezwungen gewesen, den Sicherheitskräften den Befehl zu erteilen, das "Feuer auf Terroristen ohne Warnung zu eröffnen".

Der Präsident verwies demnach darauf, dass die Regierung allen Forderungen der friedlichen Protestierenden zugehört habe. Mit Terroristen werde die Führung des Landes aber nicht verhandeln:

"Was für Verhandlungen kann es mit Verbrechern und Mördern geben?"

Nichtsdestotrotz versprach der Staatschef, angesichts der Proteste einen Reformplan für die Verbesserung des Lebensniveaus der Bürger auszuarbeiten und vorzuschlagen.

Zu Beginn des neuen Jahres 2022 sind in Kasachstan wegen eines erheblichen Preisanstiegs bei Flüssiggas massive Proteste ausgebrochen. In einigen Städten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Präsident löste als Reaktion darauf die Regierung auf und führte eine staatliche Regulierung der Preise auf Benzin, Diesel und Flüssiggas für 180 Tage ein. Trotzdem gelang es den kasachischen Sicherheitskräften nicht, die Situation

unter Kontrolle zu bringen. Am 5. Januar bat Präsident Toqajew die OVKS darum, kollektive Friedenstruppen nach Kasachstan zu schicken. Sie sollen für eine begrenzte Zeitperiode zur Stabilisierung der Lage im Land eingesetzt werden.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d8042c48fbef281c0c6e5f.jpg>

nachmittags:

deu.belta.by: **Lukaschenko über Friedenseinsatz in Kasachstan: Niemand will dort einen Krieg führen**

Belarussische Militärs sind als Teil des OVKS-Friedenskontingents in Kasachstan eingetroffen, aber nicht um dort Krieg zu führen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko beim Besuch der Minsker Kirche zu Ehren der Starzen von Optina, wo er am feierlichen Weihnachtsgottesdienst teilnahm.

Die Entsendung belarussischer Friedenstruppen nach Kasachstan habe die geflohene Opposition im Ausland zum Anlass genommen, um diese Entscheidung zu kritisieren und den Menschen in Belarus zu suggerieren, dass Belarus einen Krieg in Kasachstan führe, sagte der Staatschef.

„Wir führen dort keinen Krieg für oder gegen jemanden. Wir haben aus Belarus nur eine Kompanie nach Kasachstan entsandt. Sie ist Teil der OVKS-Friedenstruppen. Wir haben die Vereinten Nationen informiert, dass wir zur Herstellung des Friedens beitragen werden. Wir sind nicht nach Kasachstan gekommen, um zu töten oder gar zu kämpfen. Wir sind ein friedliches Volk. Und unsere Soldaten sind auch friedliche Menschen. Wir sind gekommen, um den Kasachen zu helfen“, betonte der belarussische Staatschef.

Er wies darauf hin, dass in Kasachstan bereits viele Menschen auf beiden Seiten ums Leben gekommen sind: „Polizisten, Sicherheitsleute und Militärs werden dort enthauptet. Es gibt also bereits Merkmale der terroristischen Organisationen, die wir aus Afghanistan, Syrien und Irak kennen“, sagte er.

„Jetzt müssen wir den Bruderkrieg beenden. Das ist es, was wir tun“, betonte der belarussische Staatschef.

Alexander Lukaschenko wandte sich an diejenigen, die die Entsendung der Friedenstruppen sich zunutze machen wollen: „Ich möchte, dass Sie bedenken, dass Kasachstan unser wichtigster Wirtschaftspartner ist. Der Handel beträgt mehr als eine Milliarde USD, wir exportieren eine Menge Waren nach Kasachstan. Und wenn wir Kasachstan im Stich lassen, werden wir dort nichts zu suchen haben. Sie werden uns einfach nicht reinlassen, und das zu Recht. Wahre Freunde und Verbündete sind immer füreinander da. Außerdem ist da auch ein rechtlicher Aspekt im Spiel. Als OVKS-Mitglied hat Belarus genauso wie die anderen Mitgliedsstaaten die entsprechenden Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1641553966_59458_big.jpg

snanews.de: **Förderung der Staatssprache: Druckmedien in Ukraine dürfen nicht mehr auf Russisch erscheinen**

Zu der sogenannten Politik der „totalen Ukrainisierung“ gehört die Förderung des Ukrainischen als der Staatssprache. Ab 16. Januar gilt daher: Die nationalen Printmedien dürfen nur noch auf Ukrainisch veröffentlicht werden. Zwar ist Russisch nicht ganz untersagt, die Bedingungen für seine Nutzung sind jedoch schwer umsetzbar.

Das entsprechende Verbot ist im Gesetz über die „Gewährleistung des Funktionierens der ukrainischen Sprache als Staatssprache“ vorgesehen und tritt konkret ab 16. Januar in Kraft. Betroffen sind vor allem Zeitungen, Zeitschriften und Kreuzworträtsel.

Es ist auch nicht gestattet, Informationen in anderen Sprachen in gedruckte Veröffentlichungen aufzunehmen, einschließlich Anzeigen und Werbeinformationen. Zu den Ausnahmen gehören Englisch, Amtssprachen der Europäischen Union (EU), Krimtatarisch, Sprachen anderer indigene Völker der Ukraine, was im Abschnitt 5 von Artikel 25 des Gesetzes geregelt ist.

Eine Lockerung gilt vorerst nur für regionale Printmedien. Diese dürfen bis 2024 Veröffentlichungen in einer beliebigen Sprache herausgeben.

Theoretisch können die Medien auch in russischer Sprache veröffentlicht werden, dafür sollte jedoch die gleiche Anzahl von Exemplaren in ukrainischer Sprache in den Regalen verfügbar sein.

Ab 16. Juli 2022 ist zudem ein Bußgeld für die Kommunikation mit Kunden in russischer Sprache im Dienstleistungsbereich fällig. Das Geld muss dabei aber nicht der russischsprachige Mitarbeiter, sondern der Inhaber der Einrichtung zahlen. Dieser wiederum behält sich das Recht vor, die Geldbuße vom Gehalt des Arbeitnehmers abzuziehen.

Kostspielige Alternative

So muss die russischsprachige ukrainische Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda in der Ukraine“, die im Rahmen des Gesetzes über die Dekommunisierung 2016 in „KP in der Ukraine“ umbenannt worden ist, nun ihre Materialien ins Ukrainische übersetzen. Laut der Chefredakteurin des Blattes, Oksana Bogdanowa, kann es sich künftig als übermäßig kostenaufwendig erweisen, je zwei Ausgaben – auf Ukrainisch und auf Russisch – zugleich zu drucken.

„Wir haben eine konstante Leserschaft, die es gewohnt ist, das Blatt in seiner ursprünglichen Form zu lesen. (...) Wird die ukrainische Version neue Leser mit sich bringen? Ich hoffe, dass diejenigen, die die Entscheidung über die Übersetzung der Druckmedien ins Ukrainische getroffen haben, zumindest 10-15 Medien für ein Jahr abonnieren werden“, so Bogdanowa.

Im Jahr 2019 hatte das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, in zweiter Lesung und im Allgemeinen das Gesetz über die „totale Ukrainisierung“ verabschiedet, wonach die ukrainische Sprache als Hauptsprache im Funktionieren der staatlichen Institutionen und der Gesellschaft anerkannt wurde. Das Gesetz war damals von 278 Abgeordneten unterstützt worden.



https://cdn1.snews.de/img/07e6/01/07/4924100_0:62:2610:1530_1920x0_80_0_0_89a07991f79836bddef8c65c5cb06c7b.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 1. bis 7. Januar 2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In der letzten Woche wurde **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befand sich **Doloitnoje**.

Außerdem wurde **im Gebiet von Pawlopol und Schirokino Luftaufklärung** durch Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Ich erinnere daran, dass der Einsatz von Drohnen im Gebiet der Kontaktlinie durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer **16 Stück Waffen und Militärtechnik in acht Ortschaften stationiert**.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

drei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Majorsk;

zwei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Nelepowka;

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Oserjanowka.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Wesjoloje.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Perwomajskoje.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Bogdanowka.

Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Drushkowka sechs Mörser 2B9 „Wassilek“ bemerkt.

Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und

502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden 7 Fälle der **Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Werchnetorezkoje, Krasnogorowka, Andrejewka, Russin Jar, Priwolje, Leninskoje und Pischtschewik.

So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feueinstellung zu erfassen.

Das Besatzungskommando der BFU zieht in der Zone der Strafoperation aktiv kontrollierte Massenmedien zur Erstellung von Materialien heran, die die Verbrechen der ukrainischen Straftruppen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass rechtfertigen und zur Herausbildung eines negativen Verhältnisses gegenüber der Volksmiliz und der Führung der DVR im Ganzen bei der Zivilbevölkerung der Ukraine.

So ist im Verantwortungsbereich der 95. Brigade im Gebiet von Sajzewo eine Gruppe von Journalisten des Radio- und Fernsehsenders „Ukraina“ eingetroffen. Hauptaufgabe der Vertreter der Massenmedien ist es, Falschinformationen zu erstellen und zu verbreiten, um die Führung der Republik der Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Weil derzeit ein Waffenstillstand in Kraft ist und aktive Handlungen an der Kontaktlinie nicht zu beobachten sind, schließen wir irgendwelche Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht aus, die „für die Bilder“ der Journalisten eine Erwidernng des Feuers von Seiten der Volksmiliz der DVR provozieren sollen.

In diesem Zusammenhang haben die Einheiten der Volksmiliz der DVR ein weiteres Mal die Anweisung erhalten, auf Provokationen nicht zu reagieren und das „Regime der Ruhe“ einzuhalten und streng die Minsker Vereinbarungen umzusetzen.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine**. In der letzten Woche wurden acht ukrainische Kämpfer unterschiedlich schwer verletzt, einer starb. Hauptursachen sind nach wie vor der unvorsichtige Umgang mit Sprengstoff und Waffen, nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen und die ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten.

Am 3. Januar fügte der Unteroffizier Markow aus der 95. Luftlandebrigade der BFU in betrunkenem Zustand dem Kommandeur eines Zugs Leutnant Bondarenko schwere Körperverletzungen zu (Kieferbruch).

Am 4. Januar erlitt der Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“, der Unteroffizier Sawtschenko, beim Sturz in einen Bunker in betrunkenem Zustand einen Armbruch und Abschürfungen.

Am 5. Januar begin der Soldat Kuljamsin aus der 95. Luftsturmbrigade auf einem Beobachtungsposten eines Zugstützpunkts Selbstmord, indem er sich mit seiner persönlichen Waffe ins Kinn schoss.

Bei der Durchführung von Reifenmontagearbeiten an einem URAL-Fahrzeug wurde der Soldat Sadowyj durch einen Schlag eines Bremsrings schwer verletzt.

Die ukrainische Seite unterlässt die Versuche nicht, Einwohner der Donezker Volksrepublik anzuwerben, um Informationen über Soldaten der Volksmiliz der DVR zu erhalten.

So verfolgen nach Informationen von Einwohnern von Marjinka Mitarbeiter des SBU um Informationen zu erhalten Bürger, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium leben, aber ständig das Territorium der DVR besuchen. Als hauptsächliche Methode, um Menschen zur Zusammenarbeit heranzuziehen, nutzen sie Festnahmen und Einschüterungen. Uns wurde bekannt, dass der SBU im Dezember 2021 neuen Menschen festgenommen hat.

Außerdem hat unsere Aufklärung festgestellt, dass in Awdejewka und Krasnogorowka während der Neujahrsfeiertage gemeinsame Razzien von Vertretern der ukrainischen Streitkräfte, des Innenministeriums und des SBU durchgeführt werden, um Personen

aufzufinden, deren Verwandte auf dem Territorium der DVR leben. Diese Personen werden der Unterstützung von Soldaten der Volksmiliz der DVR beschuldigt. Außerdem sind Fälle bekannt, dass örtliche Einwohner, die der SBU angeblich zum Zweck des Verhörs festgenommen hat, verschwunden sind.

Diese Fälle verweisen ein weiteres Mal darauf, dass die Kiewer Regierung mit allen Mitteln einschließlich physischer Gewalt versucht, alle die auszumerzen, die mit dem faschistischen Regime nicht einverstanden sind.

In der letzten Woche wurden in der Republik für Kinder von Soldaten Festlichkeiten zum Neuen Jahr 2022 organisiert. Kräfte der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik, das Zentrum für Medienprojekte „Swesda“, die karitativen Fonds Ruspomoschtsch, Doroga Dobra und Geografia Serdza haben Feste für Kinder organisiert. Bei dem Festprogramm sind für die Kinder ihre Lieblingshelden aus Zeichentrickfilmen und Märchen aufgetreten und natürlich Väterchen Frost. Die Kinder beteiligten sich aktiv, führten Reigen auf, tanzten, sagen und lachten. Neben süßen Geschenke erhielten sie auch Kuscheltiere, Schuhe und Kleidung.

Außerdem haben Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung Junge Garde – Jungarmee der Republiken des Donbass mit Unterstützung des russischen Zentrums die Märchenshow „Die Geheimnisse des Väterchen Frost“ in Moskau besucht. Danach fuhren die Jungarmisten in das Herz der russischen Hauptstadt – zum Roten Platz. Ohne ihre Gefühle zu verbergen gingen die Jungarmisten herum und machten Fotos vor den Hauptsehenswürdigkeiten. Am Ende der Reise tauschten die Jungarmisten Geschenke mit ihren neuen Freunden aus der Lugansker Volksrepublik aus.

snews.de: **OVKS-Friedensstifter nehmen nicht an Kampfhandlungen teil – kasachische Präsidialverwaltung**

Die Friedenstruppen der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) in Kasachstan werden für die Bewachung von Regierungsgebäuden sorgen und den örtlichen Sicherheitskräften den Rücken freihalten, wie der erste Vize-Leiter der kasachischen Präsidialverwaltung, Dauren Abajew, mitteilte.

„Das ist eine friedenserhaltende Mission. Soldaten der OVKS nehmen nicht an Kampfhandlungen teil. (...) Die OVKS-Friedenstruppen werden Sicherungs- und Schutzfunktionen erfüllen“, zitiert Sputnik Kasachstan den Beamten.

Ihm zufolge haben an dem Kampfteil einer Anti-Terror-Operation am 6. Januar in Almaty Kräfte der kasachischen Spezialeinheiten „Arystan“, „Arlan“ und „Berkut“ und die des Verteidigungsministeriums teilgenommen.

Der kasachische Präsident, Kasim-Schomart Tokajew, dankte indessen den OVKS-Mitgliedern für ihre Unterstützung.

„Ich möchte dem Ministerpräsidenten Armeniens, der derzeit den Vorsitz in der OVKS innehat, sowie den Präsidenten von Weißrussland, Kirgisistan und Tadschikistan aufrichtig danken (...). Ich danke auch dem Präsidenten der Volksrepublik China, den Präsidenten Usbekistans und der Türkei, den Spitzenvertretern der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen für die unterstützenden Worte“, äußerte Tokajew am Freitag. Seine Rede wurde vom TV-Sender „Khabar 24“ live übertragen.

Besondere Dankesworte richtete Tokajew an den russischen Staatschef, Wladimir Putin.

Kasachstan den Rücken stärken

Der Vize-Außenminister Russlands, Alexander Gruschko, brachte in einem Gespräch mit Sputnik seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Kasachstan mit der gegenwärtigen Situation zurechtkommen werde.

Ihm zufolge erweisen Russland und die OVKS-Mitgliedsländer dem Land Unterstützung, was eine Verpflichtung unter Verbündeten darstellt.

„Wir sind uns sicher, dass unsere kasachischen Verbündeten und Freunde mit den

entstandenen Problemen zurecht kommen werden. Es wird so sein. Russland und die OVKS-Mitgliedsländer stärken ihnen den Rücken, was Verbündete auch tun sollten“, sagte der Diplomat mit Blick auf Borrells jüngste Erklärung in Bezug auf die Unterstützung der OVKS. Zuvor hatte der Hohe EU-Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt, dass sich die EU bereit zeige, Kasachstan bei der Beilegung der Krise Unterstützung zu erweisen. Die Hilfe der OVKS in Kasachstan erinnert ihm zufolge „an Situationen, die zu vermeiden sind“.

Mehr als 70 Transportflugzeuge verlegen Friedensstifter

Mehr als 70 Transportflugzeuge des Typs Il-76 und fünf An-124 befördern rund um die Uhr Einheiten des russischen Kontingents der OVKS-Friedenskräfte nach Kasachstan, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Freitag mitteilte.

„Eine Gruppierung aus mehr als 70 Transportflugzeugen des Typs Il-76 und fünf An-124 befördert rund um die Uhr Einheiten des russischen Kontingents der OVKS-Friedenskräfte nach Kasachstan“, schilderte Konaschenkow. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/07/4924978_0:0:1804:1015_1920x0_80_0_0_d6303e16cf3bfc3b8d7f005208c04a2e.jpg

snnews.de: China stellt sich hinter russische OVKS-Unterstützung nach Massenunruhen in Kasachstan

Die chinesische Regierung hat den Einsatz von Friedenstruppen der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) im Zusammenhang mit den Protesten in Kasachstan unterstützt.

Als brüderlicher Nachbar und ständiger strategischer Partner Kasachstans „unterstützt China alle Bemühungen, den Behörden in Kasachstan zu helfen, das Chaos so schnell wie möglich zu beenden“, sagte Außenamtssprecher Wang Wenbin am Freitag vor der Presse in Peking. Auch wende sich China entschieden gegen „ausländische Kräfte, die absichtlich soziale Unruhen erzeugen und zu Gewalt anstiften“.

Mit der Stellungnahme stellte sich Chinas Außenamtssprecher stärker als zuvor auf eine Linie mit den Regierungen in Kasachstan und Russland. Er sprach auch ähnlich von „gewaltsamen terroristischen“ Aktivitäten, gegen die Kasachstans Regierung vorgehe. Am Tag zuvor hatte Wang Wenbin angesichts der Unruhen noch von einer „inneren Angelegenheit“ des Nachbarlandes gesprochen und seine Zuversicht geäußert, dass die Behörden angemessen mit der Lage umgehen könnten.

Am Morgen hatte das kasachische Staatsfernsehen berichtet, dass bereits 26 bewaffnete Demonstranten getötet worden seien. Zudem habe es mehr als 3000 Festnahmen gegeben. Befürchtet wurde, dass es nun noch viele weitere zivile Todesopfer geben könnte. Offiziellen

Angaben zufolge starben auch mindestens 18 Sicherheitskräfte. Kasachstan erlebt seit Tagen beispiellose Proteste. Auslöser war Unmut über die deutlich gestiegenen Preise für Flüssiggas an den Tankstellen der öl- und gasreichen Ex-Sowjetrepublik mit mehr als 18 Millionen Einwohnern. Als Reaktion auf die teils gewaltsamen Proteste entließ Präsident Kassym-Jomart Tokajew am Mittwoch die Regierung. In einer Sitzung des kasachischen Sicherheitsrates am Mittwoch bezeichnete Präsident Kassym-Jomart Tokajew die Situation im Land als „Untergrabung der Integrität des Staates“ und gab bekannt, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (kurz: OVKS; der Organisation gehören Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan an – Anm. d. Red.) um Hilfe bei der „Bewältigung der terroristischen Bedrohung“ gebeten zu haben. Die OVKS beschloss in der Nacht zum Donnerstag, eine kollektive Friedenstruppe nach Kasachstan zu entsenden.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipinenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 1. bis 7. Januar 2022

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in der letzten Woche keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Unsere Aufklärung hat in der letzten Woche 46 Stück Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen in zehn von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften stationiert sind. ... In sechs Gebieten wurden Fälle festgestellt, dass Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert wurden. ... In der letzten Woche betrugen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ sechs Mann, davon drei Tote. ...

snaneews.de: Friedensmission in Kasachstan: OVKS-Verbündete legen Fokus auf Schutz vor ausländischen Banden

Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach Angaben seines Sprechers Dmitri Peskow am Donnerstag und Freitag Telefonate mit Staats- und Regierungschefs der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) geführt. Unter anderem hat er sich auch mit seinem Amtskollegen aus Kasachstan Kassym-Schomart Tokajew unterhalten. Putin habe Telefonate mit dem kirgisischen Präsidenten, Sadyr Dschaparow, dem weißrussischen Staatschef, Alexander Lukaschenko, dem tadschikischen Präsidenten, Emomali Rachmon, und dem armenischen Premierminister, Nikol Paschinjan, abgehalten, teilte Peskow bei einer Pressekonferenz am Freitag mit. Darüber hinaus habe Putin „mehrmals

mit Tokajew Telefonate geführt“.

Erörtert worden seien die Lage in Kasachstan sowie gemeinsame Aktivitäten im Rahmen eines OVKS-Mandats zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Gewährleistung der Ordnung und der Sicherheit der kasachischen Bürger.

Seit Beginn des Einsatzes der kollektiven OVKS-Friedenstruppe in Kasachstan habe Verteidigungsminister Sergej Schoigu Putin durchgehen über den Verlauf der Verlegung des Militärkontingents nach Kasachstan und die Erfüllung seiner Aufgaben informiert, so Peskow weiter.

Nach Angaben des Pressedienstes des weißrussischen Präsidenten haben Putin, Lukaschenko und Paschinjan bei Telefongesprächen am Freitag beschlossen, dass eine der Hauptaufgaben der OVKS-Friedenstruppen in Kasachstan darin besteht, das Eindringen von ausländischen Banden in das zentralasiatische Land zu verhindern. Dies sei notwendig, damit „das Volk von Kasachstan selbst seine internen Probleme lösen kann“, heißt es in der Mitteilung.

Der armenische Premier hat derzeit den Vorsitz im OVKS-Sicherheitsrat inne.

Unruhen in Kasachstan

Die Massenproteste in Kasachstan hatten Anfang Januar begonnen. Als Auslöser gilt der starke Anstieg von Treibstoffpreisen. Die Proteste, die ursprünglich in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau im Westen des Landes entflammt waren, weiteten sich auf andere Regionen aus. Es kam zu mehreren Zusammenstößen zwischen den Protestierenden und Sicherheitskräften, Todesopfer wurden sowohl unter den Ordnungshütern als auch unter den Demonstrierenden gemeldet. Teilnehmer der Protestaktionen, die von den Behörden als Kämpfer oder Terroristen bezeichnet werden, versuchten mehrfach, Verwaltungsgebäude und Polizeireviere zu stürmen, die versuchten Angriffe wurden jedoch abgewehrt.

Am Mittwoch wurde ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt, der bis zum 19. Januar gelten soll. Zudem entließ Präsident Kassym-Schomart Tokajew die Regierung und ernannte sich zum Chef des Nationalen Sicherheitsrates. Tokajew bat das von Russland geführte Militärbündnis OVKS um Hilfe bei der „Überwindung der terroristischen Bedrohung“. Als Reaktion wurde die Entsendung einer kollektiven Friedenstruppe nach Kasachstan beschlossen: Russland, Kirgisistan, Armenien, Belarus und Tadschikistan werden Kasachstan unterstützen.

Die Friedenssoldaten sollen Verwaltungsgebäude sowie diplomatische Vertretungen bewachen und die kasachischen Militärs bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung unterstützen. Generaloberst Andrej Serdjukow, Kommandeur der russischen Luftlandetruppen, leitet die kollektive Friedenstruppe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/07/4926200_6:0:1722:965_1920x0_80_0_0_e15c7504db2c1e58486865245dd4165c.jpg

snanews.de: Nato bereit für Dialog mit Russland – schließt Scheitern der Gespräche jedoch nicht aus

Die Außenminister der Nato-Staaten haben in einer virtuellen Sitzung am heutigen Freitag zu „Diplomatie, Dialog und Deeskalation“ in der Situation um die Ukraine aufgerufen. Die Sitzung fand im Vorfeld des für den 12. Januar geplanten Nato-Russland-Rats statt.

Die Außenminister seien in ihrer Reaktion auf die „russische Aggression gegen die Ukraine“ einig, hieß es in einer Mitteilung des Bündnisses. „Vor dem Treffen des NATO-Russland-Rates betonten die Außenminister die Notwendigkeit von Diplomatie, Dialog und Deeskalation“, heißt es weiter in der Mitteilung.

Trotz ihrer Bereitschaft zum Dialog mit Russland will die Nato zugleich auf ein Scheitern der Gespräche vorbereitet sein. „Die Nato wird sich in gutem Glauben und inhaltlich mit Russland austauschen“, sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Freitag, nach der Videokonferenz mit den Außenministern der Bündnisstaaten.

„Aber wir müssen auch auf die Möglichkeit vorbereitet sein, dass die Diplomatie scheitert.“

„Risiko für einen neuen bewaffneten Konflikt in Europa“

Die Ministerinnen und Minister hätten betont, dass jede weitere Aggression Russlands gegen die Ukraine erhebliche Folgen und einen hohen Preis für Russland haben werde.

Russlands „militärische Aufrüstung in Kombination mit der aggressiven Rhetorik“ sende die Botschaft, dass es ein echtes Risiko für einen neuen bewaffneten Konflikt in Europa gebe, so Stoltenberg weiter.

„Wir haben immer ein offenes Ohr für die Sorgen Russlands und sind bereit, einen politischen Weg nach vorne zu finden. Aber damit ein sinnvoller Dialog stattfinden kann, müssen die Zweifel an Russlands Handeln ausgeräumt werden“, so Stoltenberg. Er bekräftigte, dass die Nato parallel zum Dialog weiterhin die Verteidigung der Bündnisstaaten stärken werde.

Spannungen zwischen Russland und Westen

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bleiben in Bezug auf die Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte.

Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und Russland grundlos „dämonisiert“ werde – das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen.

Mitte Dezember hatte das russische Außenministerium die Entwürfe eines Vertrags mit den USA und eines Abkommens mit der Nato veröffentlicht. Die Dokumente sind Washington und seinen Verbündeten übergeben worden. In den Vertragstexten schlägt Moskau der Nato vor, Garantien zu geben, die ein weiteres Vordringen des Bündnisses nach Osten – insbesondere auf das ukrainische Territorium – ausschließen würden. Von den USA erwartet Russland zusätzlich den Abzug aller US-Atomwaffen aus Drittstaaten.

Die „Sicherheitsgarantien“ sollen nach dem Wunsch Moskaus in einem Abkommen mit der Nato und in einem Vertrag mit den USA festgehalten werden.

Washington und Moskau haben vereinbart, die Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Für den 12. Januar ist dann eine Tagung des Nato-Russland-Rats auf Botschafterebene angesetzt. Die Sitzung wird die erste seit Juli 2019 sein. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/04/1d/1909692_0:65:3078:1796_1920x0_80_0_0_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg

abends:

snews.de: **Ukraine-Krise: Frankreich wirft Russland Umgehung der EU vor**
Frankreich hat für eine Teilnahme der EU an den Gesprächen über die Ukraine-Krise plädiert. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian hat dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, am Freitag vorgeworfen, lediglich mit seinem US-Kollegen Joe Biden zu verhandeln.

„Wladimir Putin will die Europäische Union umgehen“, sagte Le Drian den Sendern BFM TV und RMC. Putin versuche, den Zusammenhalt der EU-Staaten zu beschädigen. „Man kann die EU-Sicherheit nicht ohne die Europäer planen.“

Die gleiche Position vertrat zuletzt auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, plant nach eigenen Angaben ein Gespräch mit Putin, nannte aber auf einer Pressekonferenz am Freitag weder einen Termin noch weitere Details. Frankreich hat zu Jahresbeginn turnusmäßig für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Putin und Biden haben wiederholt über die Ukraine-Krise und weitere Themen konferiert. Russland hat sich mit Frankreich und Deutschland zuletzt lediglich auf der Ebene von Beratern darüber ausgetauscht. ...



https://cdn1.snews.de/img/07e5/07/0c/2804932_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_41dc4f60a7413649f04c71e92db4e143.jpg